

SCHLUSS MIT DER DIFFAMIERUNG VON „TANZ DICH FREI“!

Interpellation Fraktion SVPplus (Roland Jakob, SVP): Tanz dich frei, auf Gesetze pfeif ich! / Interpellation Fraktion SVPplus (Roland Jakob, SVP): Tanz dich frei, aber bitte ohne Sauerei! / Interpellation Alexander Feuz (FDP): „Tanz dich frei“: Gelungene Berner Street-Parade - „bottellón“, Demonstration oder blosses Ärgernis? Was zieht der Gemeinderat für Konsequenzen für die Zukunft?
Intervention der PdA Bern an der Stadtratssitzung vom 25.04.2013

Die Wortkombination „Tanz dich frei“ scheint eine fast schon magische Wirkung ausgelöst zu haben – auch hier im Stadtrat. Das erkennen wir an der Menge der entsprechenden Vorstösse. Noch deutlicher wird das aber, wenn wir uns die vorliegenden Interpellationen genauer ansehen und die Antworten des Gemeinderats. Wer so aufschreit, muss am 2. Juni 2012 aber gewaltig traumatisiert worden sein, da muss für einige Stadträte eine Welt eingestürzt sein.

Und vielleicht liegen diese Stadträte ja auch gar nicht so falsch. So üblich ist es ja auch in dieser Stadt nicht, dass der öffentliche Raum für etwas anderes in Anspruch genommen wird als den Gang zur Arbeit oder zur durchkommerzialiserten „Freizeit“. Und wenn dieser Raum dann doch einmal etwas anders genutzt werden soll, sind wir es gewohnt, dass erst einmal über das Budget diskutiert werden muss. In diese geordnete und verordnete Welt brach „Tanz dich frei“ herein wie aus einer anderen Zeit und von einem anderen Ort: als Utopie – oder eben als Alptraum.

Und da einmal in dieser Welt nicht sein kann, was nicht sein darf, wehren die Interpellanten halt schon der Anfänge mit Diffamierung, Verteufelung, Ausgrenzung, Kriminalisierung: „Sauerei“, „botellón“, „auf Gesetze pfeif ich!“ – so tönt es schon aus dem fett Gedruckten. „Demonstration oder blosses Ärgernis?“ Wer so fragt, der trauert doch offensichtlich schon ein bisschen den



guten alten Demonstrationen nach. Denn da wusste man ja wenigstens noch, woran man war und wie zu verfahren war. Werden die Dinge etwas komplizierter, dann reduziert man sie am besten auf schon Bekanntes. Es bleibt dann unter dem Strich nichts übrig ausser Dreck, Suff, Gewalt. Und anschliessend kann man ja getrost zur Tagesordnung übergehen.

In dieses Spiel der Reduktion komplexer gesellschaftlicher Prozesse auf das Niveau von Dreck und Suff und Gewalt geht auch der Gemeinderat ein. Leider. Man lese seine Zusammenstellung der Gesetzesverletzungen, begangen am 2. Juni 2012. Die pauschale Form, wie hier „Tatbestände“ aufgeführt werden, lässt den Eindruck aufkommen, Bern sei im letzten Juni direkt am

Rand eines Bürgerkriegs gestanden: Sachbeschädigung, Körperverletzung, Sprengstoffvergehen. Wer auf diese Art informiert, der betreibt – willentlich oder naiv – das Geschäft der Scharfmacher. Wenn so etwas nicht das erste Mal geschieht und wenn durch verbales Anheizen schon mehrere brenzlige Situationen entstanden sind, dann stellt sich für die Partei der Arbeit Bern auch die Frage, ob diese Stadt sich diese Art von „Sicherheitspolitik“ noch leisten kann.

Der 2. Juni war laut und vielfältig, ein Konzert aus vielen unterschiedlichen Stimmen. Da kann man hinhören und sich einfach freuen. Da kann man auch zuhören und sich fragen, was diese so schön verschiedenen Stimmen denn mitzuteilen haben. Da diese Chance offensichtlich einige unter uns verpasst haben, ist es tröstlich zu wissen, dass uns schon bald wieder eine neue Gelegenheit geboten wird. So müsste soziales Lernen doch eigentlich Spass machen!

Rolf Zbinden, Partei der Arbeit Bern, 4. April 2013

NEIN ZUR KONKORDATS-VERSCHÄRFUNG

Was spricht gegen die Verschärfungen des Konkordats? Nachfolgend die wichtigsten Beispiele und Argumente, welche gegen die Verschärfungen des Konkordats sprechen:

Bürokratisch:

Wenn die Verschärfungen angenommen werden, muss jedes Spiel der höchsten Fussball- und Eishockeyliga einzeln bewilligt werden. Dies führt bei Behörden und Klubs zu einem riesigen bürokratischen Aufwand und entsprechenden Kosten

Irreführend:

Das Konkordat verspricht das Heilmittel gegen Hooligans zu sein. Tatsächlich stellt es jeden Menschen, der ein Stadion betritt unter Generalverdacht, ein Hooligan zu sein. Betroffen davon sind hauptsächlich Jugendliche, Familien und unbescholtene MatchbesucherInnen

Bevormundend:

Das Konkordat will alles bis ins kleinste Detail regeln. So soll beispielsweise im Zuge der Bewilligungspflicht auch ein generelles Alkoholverbot für Spiele verhängt werden können. Auch dabei würden nicht die effektiven Störer bestraft sondern die grosse, friedliche Masse. Ob

diese Massnahme dann auch wirklich die erhoffte Wirkung erzielt, darf bezweifelt werden. Klar ist aber, dass dadurch wiederum die Freiheit einer grossen Mehrheit stark eingeschränkt würde

Kostenintensiv:

Das Ziel muss es sein, die Polizeikosten auf ein Minimum zu senken und somit die Steuerzahler zu entlasten. Mit rein repressiven Massnahmen, wie dies in den Verschärfungen vorgesehen ist, kann dieses Ziel aber nicht erreicht werden

Grundrechtsverletzend:

Das Konkordat wurde von der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz (KKJPD) schwammig und unklar formuliert. Das lässt den Behörden einen immens hohen Interpretations-spielraum und kann dadurch zu Grundrechtsverletzungen, wie beispielsweise der Einschränkung der Bewegungsfreiheit führen

Undurchdacht:

Die Bewilligung von Spielen an die Bedingung zu knüpfen, dass die Gäste-Fans mit dem Extra-zug anreisen und ein sogenanntes Kombiticket lösen müssen, macht keinen Sinn. Ein in Zürich wohnhafter YB-Fan müsste also für ein Auswärtsspiel in St. Gallen zuerst nach Bern fahren, um anschliessend mittels Extrazug nach St. Gallen zu reisen. Die Rückreise würde wiederum via Bern erfolgen. Zudem ist es doch sehr fragwürdig, dass der Staat seinen Bürgern vorschreibt, wie diese von A nach B zu reisen haben. Die heutige Praxis mit den Extrazügen funktioniert ausserdem sehr gut

Unverhältnismässig:

Private Sicherheitsfirmen sollen künftig Besucher unabhängig von einem konkreten Verdacht am ganzen Körper abtasten dürfen – also auch im Intimbereich. Dies ist nicht nur eine Aufweichung des staatlichen Gewaltmonopols und somit grundrechtlich sehr kritisch. Es ist vor allem auch eine unglaubliche Einschränkung der 99% friedlichen Fussballfans, welche solche Kontrollen dann ebenfalls über sich ergehen

lassen müssten. Viel wichtiger ist, dass der konstruktive Dialog zwischen den Behörden, der Polizei, den Klubs der Fanarbeit und den Fans weitergeführt und intensiviert wird. Dies hat in den letzten Jahren bereits zu positiven Ergebnissen geführt!

DESHALB SAGEN WIR: NEIN ZU DEN GEPLANTEN KONKORDATS-VERSCHÄRFUNGEN FÜR EINEN KONSTRUKTIVEN DIALOG!

www.konkordatnein.ch

„BERNER FRÜHLING“ IM ZEICHEN DES WIDERSTANDS GEGEN DEN HOCHFELD-BUNKER UND DIE LAGERPOLITIK

Im Frühling 2012 mobilisierten sich antirassistische Aktivist_innen inner- und ausserhalb des Bunkers mit der Parole „ORS raus – Bunker weg. Fremdenhetze und Asylbusiness stoppen“. Genau ein Jahr danach bleibt diese nach wie vor aktuell: Der Bunker hat sich zu einem Dauerprovisorium entwickelt. Noch viel mehr: Die geplante Lagerpolitik auf nationaler Ebene atmet denselben repressiven Geist. Die

Demonstration gegen den Hochfeld-Bunker am 4. Mai 2013, 13.45 Uhr am Hirschengraben, stellt der Auftakt des Widerstands gegen die Lagerpolitik dar.

Stopp dem Dauerprovisorium

Aufgrund der Proteste inner- und ausserhalb des Hochfeld-Bunkers wurden die Lebensbedingungen nur geringfügig verbessert und die Bewohner_innen des Bunkers erhalten neu lächerliche drei Franken Bargeld pro Tag. Nach wie vor fehlt jegliche Privatsphäre, nach wie vor dreht die Securitas ihre Runden und sorgt für permanente Kontrolle und damit Stress im Alltag der Flüchtlinge, nach wie vor gibt es keine Kochgelegenheit und Selbstbestimmung der Flüchtlinge, nach wie vor macht die ORS AG auf dem Rücken der Flüchtlinge und der Arbeiter_innen Profite.

Stopp der Bereicherung

Der Berner Migrationsdienst (MIDI)

weist nicht nach, wohin die Bundes- und Kantongelder fliessen. Steuergelder und die daraus generierten Profite stecken private Firmen wie die ORS oder die Securitas AG in ihre Taschen, während Flüchtlinge im Bunker ihr klägliches Dasein am Rande der Gesellschaft fristen.

Stopp Asylgesetzrevision und Lagerpolitik

Der Bunker ist ein Vorgeschmack der zukünftigen Asylpolitik. Der Hauptbestandteil der geplanten Asylpolitik ist eine neue Lagerpolitik: Asylsuchende, BFM, Rechtsvertretung, Rückkehrhilfe, Polizei, u.s.w. werden künftig am gleichen Ort konzentriert. Hierzu werden in der Umgebung der fünf Empfangszentren je vier Lager mit bis zu 400 Plätzen und zu den 430 bestehenden Haftplätzen weitere 700 für Ausschaffungs- oder Beugehaft geschaffen. Die neuen Bundeslager gehen mit einem massiven Ausbau des Repressionsapparates einher. Die Bundeslager sind Orte der Abschottung, Disziplinierung und Repression. Asylsuchende werden durch den provisorischen Charakter der Bauten, die ständigen Polizeikontrollen, die verordnete materielle Prekarität stigmatisiert und von der Bevölkerung separiert. Deshalb sagen wir am 9. Juni NEIN zur Asylgesetzrevision!

Auf zum „Berner Frühling“

Mit unserem Widerstand wollen wir dieser Lagerpolitik einen Riegel schieben. In Anlehnung an den „Arabischen Frühling“, in welchem selbstermächtigte Bewegungen für „Brot, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit“ die autoritären Regimes in Ägypten und Tunesien stürzten, rufen wir zum „Berner Frühling“ auf! Wir beginnen hier in der Stadt Bern und bringen zu Ende, was wir bereits letzten Frühling gefordert haben:

- Bunker schliessen
- ORS raus
- staatlich orchestrierte Fremdenfeindlichkeit stoppen
- Gleichbehandlung in der Sozialhilfe

NEIN AM 9. JUNI ZUR ASYLGESETZREVISION!

Komitee gegen Fremdenhetze und Asylbusiness

Impressum:

PdA Partei der Arbeit Bern
Quartiergasse 17, Postfach 7501, 3001 Bern
www.pdabern.ch / mail@pdabern.ch
Kontonummer 30-26786-9

**Hochfeld-
bunker
schliessen**

Mittagsspaziergang

4. Mai 2013 | 13.45 Uhr | Treffpunkt Hirschengraben

Wir nehmen den Protest gegen Fremdenhetze und Asylbusiness wieder auf und fordern: Bunker schliessen - ORS raus! Staatlich orchestrierte Fremdenfeindlichkeit stoppen! Gleichbehandlung in der Sozialhilfe!

Bleiberechtkollektiv Bern

BERNS QUARTIERZENTREN DÜRFEN NICHT TOTGESPART WERDEN!

Motion Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour/Sabine Baumgartner, GB): Gemeinwesenarbeit in den Quartieren erhalten
Intervention der PdA Bern an der Stadtratssitzung vom 4.4.2013

Die Situation könnte absurder nicht sein: Da wird die grosse Bedeutung der Gemeinwesenarbeit für die Lebensqualität in der Stadt und die lebendige Entwicklung der Quartiere allseits anerkannt – und trotzdem soll gemäss der Antwort des Gemeinderats eine Reduktion der Subventionen von über 50 % ab dem Jahr 2014 ins Auge gefasst werden. Das sprengt in seiner Radikalität den Rahmen aller Abbaumassnahmen, die bisher für einzelne Bereiche zum Zug gekommen sind. Hier erreicht das Sparen bei den öffentlichen Diensten eine neue Qualität: vom langsamen Ausdünnen zum Kahlschlag.

Niemand wird sich da Illusionen machen: Die geplanten Einschränkungen werden in keiner Art und Weise „abgefedert“ werden können, wie es der Gemeinderat doch

üblicherweise so gerne mag. Die Gemeinwesenarbeit steht als Ganzes auf dem Spiel und damit eine jahrelange reiche Erfahrung, Aufbau- und Entwicklungsarbeit, die viel berufliches Engagement und noch viel mehr Freiwilligenarbeit umfasst. Was in vielen Jahren entstanden ist, soll mit einem einzigen Entscheid zerschlagen werden. Welches Gemeinwesen kann sich – will sich – eine solche Verschleuderung von Ressourcen, von gesellschaftlichem Reichtum leisten?

Die Ursachenforschung ist in diesem Fall keine Hexerei und bietet auch keinen Spielraum für Interpretationen, trifft der Schuldige doch keinen müden Versuch seine Verantwortung zu vertuschen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Kanton sogar ein bisschen stolz ist auf diesen Coup, mit dem er einen zentralen Aspekt urbanen Lebens sabotiert. Aber die Dinge sind nun mal so schlimm wie sie sind und der Kanton so wie er eben ist – da helfen weder Klagen noch Anklagen, da hilft auch kein moralischer Appell an die kantonale Solidarität. Da hilft nur ein Entscheid: Die Gemeinwesenarbeit muss ohne Abstriche weitergeführt werden. Die vorliegende Motion weist uns den Weg: den aktuell einzig realistischen Weg.

Dass die Rettung der Gemeinwesenarbeit für die Stadt Bern mit Mehrkosten verbunden sein wird: Das schleckt keine Geiss weg! Laut Gemeinderat „steht jetzt eine konzeptionell fundierte neue Ausrichtung der Gemeinwesenarbeit an.“ Was zum Teufel damit auch konkret gemeint sein mag – die Partei der Arbeit versteht es im aktuellen Kontext: als klare Drohung! Mit „begrenzten Mitteln bedürfnisgerechte Angebote, zeitgemässe Strukturen und attraktive Einsatzmöglichkeiten für freiwillig Engagierte (zu) gewährleisten“: Da klingt doch schon eine Tendenz an, welche die Verantwortung weiterschiebt: an die Quartierzentren, die aufsuchende Quartierarbeit und ganz besonders an die freiwillig Engagierten. So soll der Schwarze Peter elegant weitergereicht werden.

Die Partei der Arbeit Bern lehnt jede Einschränkung der Gemeinwesenarbeit grundsätzlich ab und ist empört über die Geringschätzung dieser wichtigen Aufgabe – nicht nur durch den Kanton. Mit der Zustimmung zur vorliegenden Motion ist auch unsere Hochschätzung für eine gewaltige professionelle und freiwillige Arbeit verbunden. Diese Arbeit muss weitergeführt werden.

Rolf Zbinden, Partei der Arbeit Bern, 4. April 2013

